

Aktuell: [HH] Demo am 17.03.2018: United we stand! Gemeinsam gegen Repression und autoritäre Formierung!

<https://de.indymedia.org/node/18330>

und

<https://de.indymedia.org/node/16045>

und

<https://de.indymedia.org/node/18485>

Kommt nach Hamburg zur großen Antirepressionsdemo am 17.03.2018 um 14.00 Uhr, Gänsemarkt.

Wir wollen rund um den „Tag der politischen Gefangenen“ ein solidarisches Zeichen gegen Repression setzen. Mit der Demonstration werden wir zeigen, dass das staatliche Kalkül von Kriminalisierung, Einschüchterung und Spaltung scheitern wird.

.) Höhepunkt der Repression - Bundesländer verdienen Geld mit der Arbeitskraft von Häftlingen - Gefängnisse als Sonderwirtschaftszonen - In den meisten Bundesländern sind Gefangene zur Arbeit verpflichtet. Die Beschäftigten arbeiten zu Dumpinglöhnen und haben fast keine Rechte:

<https://jungle.world/artikel/2018/09/gefaengnisse-als-sonderwirtschaftszonen>

Der junge Fabio durchläuft die ganze Destruktion, die eine Strafjustiz als Endlosmühle perpetuieren kann – eine Art “Perversionsautomation”

Der Prozess gegen Fabio ist geplatzt. Die Richterin ist krank. Nun liegt der Prozess auf Eis, bis eine andere Richter*in das Verfahren irgendwann neu aufrollt. Das kann dauern und der ganze Prozess beginnt irgendwann komplett von vorne. In bisher **zwölf** Verhandlungstagen konnte ihn kein*e Zeug*in belasten. Die Staatsanwaltschaft wirft V. keine individuelle Tat vor, sondern lediglich die Teilnahme und psychologische Unterstützung der Demonstration. Ende November wurde V. nach fast fünf Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen. Seitdem hat er sich nicht in der deutschsprachigen Presse geäußert. Für die Dauer des Prozesses lebt er mit seiner Mutter in Hamburg. **Fabio im Interview sagt:** Die Erfahrung, die ich gemacht habe, hat mich in Entscheidungen bestärkt, die ich schon vorher getroffen hatte. Die Welt, in der wir leben, ist sehr ungerecht. Wir Linke kennen manchmal nicht die Lebensrealitäten derer, die wirklich marginalisiert sind. Im Gefängnis habe ich die kennengelernt, die von der kapitalistischen Gesellschaft vergessen werden. Das hat mir vor Augen geführt, dass es eine Pflicht für uns alle ist, weiter dagegen auf die Straße zu gehen. **Dazu auf NDR ein Video über Fabio:**

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Prozess-gegen-G20-Gegner-Fabio-V-geplatzt,gzwanzig366.html>

.) **Kleiner Ausschnitt aus dem Pressespiegel:** .) <https://www.jungewelt.de/artikel/328084.prozess-gau-in-hamburg.html> .) https://www.focus.de/regional/hamburg/hamburg-geplatzter-g20-prozess-fabio-v-so-war-meine-zeit-im-knast_id_8533188.html .) <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1080705.gerichtsprozess-gegen-fabio-v-verfahren-gegen-g-aktivisten-geplatzt.html> .) <https://perspektive-online.net/2018/02/g20-prozess-gegen-fabio-v-ist-geplatzt-er-kann-nach-hause/> .) <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Angriff-auf-die-Versammlungsfreiheit,gzwanzig368.html>

.) **Prügelpapst des Tages: Hartmut Dudde** - So geschehen etwa im August 2009 im Stadtteil Moorburg oder im Dezember 2013 vor dem linken Kulturzentrum Rote Flora im Schanzenviertel. G 20 war dann sozusagen Duddes Opus magnum. **Diesem Mann die Schutzpolizei anzuvertrauen, das ist so, als würde man ein brennendes Streichholz in einen Benzintank werfen:**

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/328039.pr%C3%BCgelpapst-des-tages-hartmut-dudde.html>

Zum Hintergrund hier nochmal die Erklärung von Fabio Vettorel am 7. 11. 2017 im Amtsgericht Hamburg-Altona (und mit Berichten und Analysen zu G 20)

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Erkl%C3%A4rung-von-Fabio-Vettorel-7.11.17.pdf>

Es geht dabei um die ganze Dimension von Ausbeutung bis Atomkraft und Atombomben. Das drücken allein schon diese Sätze aus Fabios Erklärung aus:

“.....die Herrschaften Politiker glauben, dass sie den Dissens auf den Straßen aufhalten können, indem sie ein paar Jugendliche festnehmen und einsperren..... um die rebellischen Stimmen aufzuhalten, die sich überall erheben.....um eine bessere Welt zu erschaffendas Gericht wird nichts an unserem Protest ändern. Denn noch viele junge Männer und Frauen, die von den gleichen Idealen angetrieben werden auch weiterhin überall in Europa auf die Straßen gehen, ohne sich dabei um die Gefängnisse zu kümmern, die Sie mühevoll versuchen, mit politischen Gefangenen zu füllen ich habe u.a. an Trump gedacht und an seine USAdie sich unter der Flagge der Demokratie und der Freiheit für die Polizisten der ganzen Welt halten. Ich habe an die vielen Konflikte gedacht, die der amerikanische Riese in jeder Ecke des Planeten anstiftet. (Anmerkung: wie ein John Wayne, der mit dem Finger am Colt der Atombombe spielt) Ich habe es für richtig gehalten, mich gegen diese gewissenlose Politik zu erheben, die unsere Welt in den Abgrund treibt. (siehe aktuelle radioaktive Verstrahlung: <https://www.taz.de/!5461381/>).”

Vorweg:

.) **Die Drahtzieher finden** - Hamburgs Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, 58,

vermutet einen internationalen Mob hinter den schweren Krawallen im Schanzenviertel – und nicht die Rote Flora:

https://magazin.spiegel.de/SP/2017/50/154712651/index.html?utm_source=spon&utm_campaign=centerpage

.) Fotos von der Demo vom 9.12.2017 nach den Hausdurchsuchungen vom 5.12.2017: <https://www.flickr.com/photos/linksuntengoe/sets/72157689384220041>

.) Proteste in Göttingen - Sammeln für den „Schwarzen Block“ - Rund 700 Menschen demonstrierten in Göttingen gegen die G-20-Razzien vom 5.12.2017: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5469252&s=G/> (Tipp: Auf den Button "Gerade nicht" tippen.)

.) Video auf N3 zu G20 – das volle Kontrastprogramm – von Freude schöner Götterfunken in der Elbphilharmonie bis Widerstand an allen Ecken und Enden in Hamburg: <https://mediandr-a.akamaihd.net/progressive/2017/1211/TV-20171211-1335-1600.hi.mp4>

.) Fabios Freilassung war der Justiz noch nicht genug – Fabios Mutter Jamila, eine 50-jährige Italienerin, hat ihr Leben seit Juli 2017 komplett umstellen müssen. Aus Feltre, einer Kleinstadt in Norditalien, ist sie nach Hamburg gezogen - in eine Stadt, in der sie zuvor niemanden kannte und in der sie durch den Wohnortswechsel nun Gefahr läuft, ihren Job als Fachärztin zu verlieren. Jamila ist umgezogen, weil sie in der Nähe ihres 18-jährigen Sohns Fabio sein wollte, der in Hamburg über vier Monate lang in Haft saß: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1073213.g-prozesse-fabios-freilassung-ist-noch-nicht-genug.html> (Tipp: Auf den Button "Vielleicht später" tippen.)

.) Die Menschen spüren eine Sehnsucht nach Überwindung des Gewaltmonopols –

der Staatschismus betet seine Gewalt als Mantra wie das Pfeifen im Walde runter. In Hamburg ist "G20" der Suchbegriff des Jahres:

<https://www.abendblatt.de/hamburg/article212841427/In-Hamburg-ist-G20-der-Suchbegriff-des-Jahres.html>

.) Von der Demo gegen die G20-Razzien in Göttingen kursiert ein Video. Selbst Polizeipräsident spricht von „hartem“ Einsatz: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5470811&s=G&SuchRahmen=Print/>

.) Aufruf: Keine Beteiligung an Denunziation und der groß inszenierten Menschenjagd: <https://de.indymedia.org/node/16122>

.) Reaktion auf G20-Fahndung Linksextreme veröffentlichen Fotos von Polizisten:
<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-gipfel-in-hamburg-linksextreme-veroeffentlichen-fotos-von-polizisten-a-1183890.html>

.) Hamburg: Polit-Gipfel in Hamburg: Diese G20-Momente haben sich ins Gedächtnis gebrannt: https://www.focus.de/regional/hamburg/hamburg-polit-gipfel-in-hamburg-diese-g20-momente-haben-sich-ins-gedaechtnis-gebrannt_id_8113348.html

.) Freiheit für alle politischen Gefangenen - In Hamburg und Stuttgart haben am Sylvester 2017-Kundgebungen vor Gefängnissen stattgefunden:
<https://anfdeutsch.com/aktuelles/hamburg-freiheit-fuer-alle-politischen-gefangenen-1258>

.) Auch in der letzten Woche des Jahres 2017 wurden wieder zahlreiche Soliaktionen und Spaziergänge für die Gefangenen in den Knästen organisiert:
<https://unitedwestand.blackblogs.org/wochenrueckblick-zum-jahresende/#more-1684>

.) Knastkundgebung zu den G20-Gefangenen - Einmal im Monat organisiert das Bündnis „United we stand“ eine Solidaritätsaktion am Gefängnis Billwerder in Hamburg: <https://anfdeutsch.com/weltweit/knastkundgebung-zu-den-g20-gefangenen-1428>

.) Der G20-Aufstand und spontane proletarische Gewalt – ein Vergleich aus historischer Perspektive. von Ralf Hoffrogge: <https://www.marx21.de/aufstand-g20-hamburg-randale/>

.) Aus dem kleinsten Bundesland Bremen - Ein Funke für unsere Kämpfe:
<https://de.indymedia.org/node/17520>

.) Solidarität mit Fabio! Freiheit für alle G20-Gefangenen! Dienstag 1.2.2018 Auch ein halbes Jahr nach dem aus Sicht der Polizei und Regierung verheerend verlaufenen G20-Gipfels läuft der Prozess gegen Fabio noch immer weiter. Nach wie vor werden dem 19-jährigen keine individuellen Straftaten vorgeworfen, sondern das Mitlaufen auf einer Demonstration:
<http://www.interventionistische-linke.org/termin/solidaritaet-mit-fabio-freiheit-fuer-alle-g20-gefangenen>

.) Demonstranten forderten in Lüchow Freiheit für G20-Inhaftierte – Demonstranten sind am 18.2.2018 durch Lüchow gelaufen. Vor der EJZ sammelten sie sich und warfen der örtlichen Presse vor, sie habe im vergangenen Jahr repressiv über die G20-Demonstrationen in Hamburg berichtet. Außerdem befand die Gruppe

in Sprechchören "Aufruhr und Widerstand - es gibt kein ruhiges Hinterland":

https://www.ejz.de/ejz_50_111461671-28_Demonstranten-forderten-in-Lchow-Freiheit-fr-G20-Inhaftierte.html

.) Teurer Gipfel – für das Geld könnte man alle Obdachlosen in Hamburg ein Leben lang kostenlos HVV-Tickets und Wohnplätze geben - **Mindestens 130 Millionen** kosten das OSZE-Ministertreffen im Dezember 2016 und der G20-Gipfel im Juli 2017 den Steuerzahler. **72,2 Millionen Euro** hat die Bundesregierung bereits für den G20-Gipfel ausgegeben, wie sie vergangene Woche bekannt gab: Für den Einsatz der Bundespolizei, die Medienarbeit und vieles andere. **Zu den 58 Millionen Euro**, die Hamburg mindestens zu zahlen hat, kommt noch einmal der Anteil am Härtefonds dazu, den sich Hamburg und der Bund gemeinsam aufgelegt haben. **20 Millionen Euro** stehen für den Fonds zur Verfügung, mit denen die Schäden von Unternehmen und Privatleuten ausgeglichen werden sollen. Über 19 Millionen Euro davon wurden bislang noch nicht ausgegeben: <https://www.taz.de/Kostenbilanz-G20-Gipfel/!5480595/> (Tipp: Falls nötig - auf den Butten "Gerade nicht" tippen.)

.) Bis zum 10. Februar 2018 hat die Justiz 43 Urteile gegen G20-Aktivist:innen verübt:

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Bislang-43-Urteile-wegen-G20-Krawalle,gipfeltreffen784.html>

Was sagte Fabio in seiner Erklärung dazu noch: ".....die Herrschaften Politiker glauben, dass sie den Dissens auf den Straßen aufhalten können, indem sie ein paar Jugendliche festnehmen und einsperren..... um die rebellischen Stimmen aufzuhalten, die sich überall erheben.....um eine bessere Welt zu erschaffendas Gericht wird nichts an unserem Protest ändern. Denn noch viele junge Männer und Frauen, die von den gleichen Idealen angetrieben werden auch weiterhin überall in Europa auf die Straßen gehen, ohne sich dabei um die Gefängnisse zu kümmern, die Sie mühevoll versuchen, mit politischen Gefangenen zu füllen."

.) Unser Aktivist:innen-Freund Andreas Beuth teilte am 11. Feb. 2018 mit:

"Hallo liebe Leute, das gegen mich und andere Aktivist:innen politisch und medial hochgekochte strafrechtliche G 20 - Ermittlungsverfahren wurde nun sang- und klanglos eingestellt. Bezüglich der Vorwürfe der Aufforderung zu und der Billigung von Straftaten sowie der Anstiftung zum schweren Landfriedensbruch besteht kein hinreichender Tatverdacht. Das ist ein Freispruch im Ermittlungsverfahren. Ich möchte hiermit allen danken, die mir in dieser nicht ganz leichten Zeit teilweise durchaus kritisch, in dem Fall aber solidarisch zur Seite gestanden haben. Solidarität ist eine Waffe ! United we Stand ! Andreas"

Dazu erste Reaktionen – soweit sie öffentlich über die Verteiler gingen:

-) von Bea Lorenz: "

Lieber Andreas, das ist durchaus eine "Gute Nachricht" ! "Welcome to Hell" kann ich nur sagen. Viele Gute und Solidarische Gedanken an Euch (Blech), Bea – PS.: Es gibt viel zu tun & ich freue mich darauf."

-) von Till Haupt: “

Wie erfreulich! Danke für die gute Nachricht! Liebe Grüße –Till”

-) und last but not least - auch von uns: “

Herzlichen Glückwunsch!”

Dazu erneute Berichte in der Presse:

.) Hamb.Abendblatt:

<https://www.abendblatt.de/hamburg/article213397435/Verfahren-gegen-Flora-Anwalt-Andreas-Beuth-eingestellt.html> (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) Hamburger Morgenpost: <https://www.mopo.de/hamburg/g20/nach-kruden-krawall-aeusserungen-verfahren-gegen-flora-anwalt-beuth-eingestellt-29672840>

.) nochmal Hamburger Abendblatt:

<https://www.abendblatt.de/hamburg/article213408855/G20-Staatsanwaltschaft-stellt-weitere-Verfahren-ein.html>

.) NDR: <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Verfahren-gegen-Anwalt-Beuth-eingestellt,beuth114.html>

.) ND: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1079194.rote-flora-weitere-verfahren-gegen-bekannt-g-kritiker-eingestellt.html> (Tipp: Falls nötig - auf den Button “Vielleicht später” tippen.)

.) LNOonline: <http://www.ln-online.de/Nachrichten/Politik/Politik-im-Norden/Verfahren-gegen-Rote-Flora-Anwalt-Beuth-eingestellt>

.) Frankfurter Rundschau: <http://www.fr.de/politik/g20-krawalle-verfahren-gegen-rote-flora-sprecher-eingestellt-a-1446376>

.) ZeitOnline: <http://www.zeit.de/news/2018-02/12/deutschland-ermittlungen-gegen-linken-hamburger-szeneanwalt-wegen-g20-aeusserungen-eingestellt-12115803>

.) Welt Online: <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article173455266/G-20-Gipfel-Verfahren-gegen-Rote-Flora-Anwalt-Beuth-eingestellt.html>

.) RP Online: <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article173455266/G-20-Gipfel-Verfahren-gegen-Rote-Flora-Anwalt-Beuth-eingestellt.html>

.) Yahoo Nachrichten:

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article173455266/G-20-Gipfel-Verfahren-gegen-Rote-Flora-Anwalt-Beuth-eingestellt.html>

.) ntv: <https://www.n-tv.de/ticker/Verfahren-gegen-Rote-Flora-Sprecher-eingestellt-article20281295.html>

.) Baseler Zeitung: <https://bazonline.ch/ausland/europa/sympathie-mit-g20krawallen-ist-legal/story/16973189>

.) TAZ: <https://www.taz.de/G20-Verfahren-gegen-Rote-Flora-Sprecher/!5484066/> (Tipp: Falls nötig - auf den Button “Gerade nicht” tippen.)

.) nochmal TAZ – merkwürdiger Kommentar: <https://www.taz.de/Kommentar-eingestellte-G20-Verfahren/!5484099/>

.) Merkur: <https://www.merkur.de/politik/g20-krawalle-verfahren-gegen-rote-flora-sprecher-eingestellt-zr-9607179.html>

- und, und, und viele mehr -

.) Die Presseberichte sind durch Zitate von Staatsvertretern durchweg staatshörig gefärbt.

Deshalb möchten wir unser Statement vom 16. Juli 2017, das wir unmittelbar nach dem Riot in der Schanze-Hamburg zu Andreas verbreitet haben, nochmal aktuell wieder dagegen halten:

“Und „last but not least“, kommen wir zu einem sehr persönlichen Eindruck, der uns in diesen Tagen (Juli 2017) am stärksten bewegt. Es geht um unseren Mitstreiter Andreas Beuth – einer der Anmelder der Demo „Welcome to Hell“ der dieser Tage ganz übel durch die Presse geschleift wird.

Wir möchten nun diesen offenen Brief an Andreas richten:

Lieber Andreas,

wir haben Dich bei unseren Treffen achten und schätzen gelernt. Nun hast Du in dem ganzen Stress bei der Demo-Organisation und Durchführung mit wenig Schlaf mal in einem einzigen unkonzentrierten Moment eine emotionale nicht etablierte mediengerechte Äußerung gemacht, auf die sich die sensationslüsterne Presse wie Schakale auf eine am Boden liegende Beute stürzte.

Und nicht nur das: Aus allen Löchern wagen sich jetzt Politiker und andere, um geifernd Dich zu missbrauchen, um von ihrer eigenen Unfähigkeit abzulenken.

Du warst im Rahmen der Demo-Anmeldung ein Sprachrohr für die Autonomen – wobei es nun im Nachhinein, als ein Widerspruch erscheint, ein Sprecher der Autonomen zu sein. Wir persönlich wollen gern über diesen Widerspruch hinwegsehen.

Vielmehr möchten wir Dir zurufen:

Bleib stark und lass Dich nicht unterkriegen in diesen schweren Tagen.

Wir fühlen uns mit Dir als Mensch verbunden.

Bis bald und mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter”

.) Ein Video zur G 20 – Diskussion – wenn ein Bezirksamtsleiter, eine Kriminalsoziologin und ein Chefredakteur eines etablierten Mediums nach ihrem eingprägten Weltbild in einer Nachbetrachtung G 20 analysieren – dann ist das Sandmännchen mit einem Gute-Nacht Märchen gekommen: <https://www.koerberstiftung.de/mediathek/mit-sicherheit-protest-reloaded-1529.html>

.) Auf Youtube eine Doku über die Rolle von Polizei und Politik - beim G20 Gipfel in Hamburg 2017.

<https://www.youtube.com/watch?v=eBWNqPMSCZQ>

.) G20 Hausdurchsuchung Grafschaft Bentheim - Der Einsatz wurde von Beamten der "Soko Schwarzer Block" geführt. Im Nachhinein sind wir froh, dass unser Hund nicht erschossen, das Mobiliar nicht zertrümmert und keiner von uns bei lebendigem Leibe verbrannt ist. Eine Hausdurchsuchung kommt selten allein. Seid auf der Hut Leute!: <https://de.indymedia.org/node/18163>

.) Zum Verbot von Indymedia linksunten - Nach den heftigen Protesten rund um den G20-Gipfel im Juni 2017 erhöhten die deutschen Behörden den Repressionsdruck auf linksradikale Aktivist*innen und Strukturen massiv. Als großen Coup präsentierte das Bundesinnenministerium somit auch das Verbot der Internetplattform Indymedia linksunten: mit Video: <http://leftreport.blogspot.eu/vortrag-all-computers-are-beschlagnahmt-zum-verbot-von-indymedia-linksunten/>

.) Das sagt die Polizei zu den Brandanschlägen - Brennende Autos, Bagger und Container - die Fälle in München häufen sich, der Schaden ist immens. Sind die Ziele bewusst gewählt? Die Polizei ermittelt in alle Richtungen. Doch es gibt eine Spur. München - Seit Monaten beschäftigen Brandanschläge und Farbbeutel-Attacken auf Banken den Staatsschutz. Der Vandalismus richtet sich mutmaßlich gegen Immobilienfirmen und Bauunternehmen. Womöglich stecken hinter vielen der Taten linksextreme Gentrifizierungsgegner. Auch ein Zusammenhang mit dem G-20-Gipfel ist möglich: <https://www.tz.de/muenchen/stadt/wut-gegen-luxus-bau-was-sagt-polizei-zu-brandanschlaegen-in-muenchen-9665340.html>

Zur Info

weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

Nach rechts buckeln, nach links treten

Das Jahr 2017 war durch heftige Repression gegen linke Strukturen und Aktivist_innen gekennzeichnet. Die Angriffe auf uns sind auch Ausdruck der zunehmenden Formierung und Normalisierung rechter Kräfte in Gesellschaft und Politik. re:volt-Redakteurin Joan Adalar mit einem Blick zurück – und nach vorne: Für ein Jahr 2018 der gemeinsamen Kämpfe mit von Abschiebung Bedrohten, mit den kurdischen und internationalistischen Genoss_innen und weiterhin mit all jenen, die in den Knästen und den Gerichtssälen der Bundesrepublik ihre Zeit absitzen müssen.

Am 13. Januar 2018 fand in Berlin die Podiumsveranstaltung „Solidarisch gegen Überwachung und Repression“ statt, die von den [North East Antifascists Berlin](#) und Strukturen der Antirepressionsarbeit organisiert wurde. Das Podium war breit aufgestellt: Aktivist_innen berichteten von massiven Repressionen gegenüber kurdischen Strukturen in Deutschland (Stichwort „Fahnen-Verbot“), über die Razzia und das Verfahren gegen die linke Medienplattform linksunten.indymedia.de, über neue Entwicklungen in der Datenerfassung der Repressionsbehörden (etwa Gesichtserkennung und Stille SMS) und nicht zuletzt über die umfassende Kriminalisierung von linken Aktivist_innen im Rahmen des G20-Protests. Als zentrale Gemeinsamkeit wurde deutlich, dass in allen Fällen Gesetzesänderungen und „Interpretationen“ bestehender Rechtslagen vorgenommen wurden, die neue Formen der staatlichen Repression ermöglichen – sei es die Anwendung des Vereinsrechts in Bezug auf lose Zusammenhänge ohne Vereinsstatut, der „Bullenschubserparagraph“ §114 StGB oder das Statthalterverfahren in den G20-Prozessen. Ein Aktivist der NEA machte in seinem Beitrag auf dem Podium deutlich, dass Antirepressionsarbeit nur gegen den Staat funktioniert, nicht mit ihm: Dem Säbelrasseln von rechts wird mit Repression nach links Rechnung getragen; um die herrschenden Zustände aufrecht zu erhalten werden politische Gegner_innen kriminalisiert, sanktioniert, kleingehalten und vereinzelt. Die Repressionsorgane schrecken dabei nicht davor zurück, rechtstaatliche Rahmungen auszuhebeln oder zu übertreten. Die radikale Linke muss sich dringend wieder verstärkt dem Thema Antirepressionsarbeit zuwenden, und zwar auch über ihre eigenen Kernthemen hinaus.

Ein Blick zurück

Rondenbarg – der Name einer Straße in einem Industriegebiet im Nordwesten Hamburgs ist zu einem Synonym für Polizeigewalt geworden. Es ist der Ort, an dem in den Tagen des G20-Gipfels im Juli 2017 mindestens 14 Aktivist_innen aufgrund von Polizeigewalt schwer verletzt wurden. Rondenbarg ist ebenfalls eng verknüpft mit dem Fall des 19-jährigen Fabio aus Italien, der international Aufsehen erregte. Zusammen mit mehr als 70 anderen Personen wurde er festgenommen, als er sich um Verletzte des Polizeiangriffs kümmerte. Fast fünf Monate saß Fabio anschließend in Untersuchungshaft. Nur gegen ihn wurde bislang Anklage erhoben, gegen [alle anderen](#) laufen aber ebenfalls Verfahren. Fabio werden in der Anklage zwar diverse Delikte, darunter „versuchte schwere Körperverletzung“ und „tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte“ vorgeworfen, es fehlen für diese Anschuldigungen aber jegliche Beweise. In den bisher stattgefundenen Prozesstagen wurde deutlich: Es sind nicht individuelle Taten, um die es geht, sondern alleine das Mitlaufen mit der spontanen Demonstration soll dem jungen Aktivist_innen als Straftat ausgelegt werden. Sein Fall ist – auch aufgrund der langen und intensiven Solidaritätsarbeit von

unterschiedlichen Gruppen in Hamburg, deutschlandweit und international – allerdings im Moment dabei, den Bluthunden des Repressionsapparats eine Niederlage zu beschern. Vor allem aber ist es die Standhaftigkeit des jungen italienischen Aktivisten selbst: „Ich bin hier, weil ich politisch bin“, sagt er. Fabio lässt sich im Prozess nicht darauf ein, sich zu den ihm vorgeworfenen Anschuldigungen zu äußern oder andere Beteiligte zu belasten. Er spricht von Armut in Norditalien und anderswo, von Grenzen und Kämpfen gegen kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse. Er spricht damit über seine legitimen Gründe, an genau jenem Morgen am Rondenbarg dabei gewesen zu sein, um gegen G20 zu protestieren. Und es wirkt. Im Verlauf des Prozesses fragte selbst das Öffentlich-Rechtliche [irgendwann](#): „Ist man ein Straftäter, der ins Gefängnis gehört, wenn man die Überzeugung hat, dass nicht nur Putin, Erdogan und Xi Jinping, sondern auch die liberale Demokratie »bei der Lösung unserer Probleme« versagt? Das ist die Frage, um die es ab jetzt bei diesem Strafprozess geht. Für die Hamburger Justiz scheint das eine schwierige geistige Herausforderung zu sein.“ Die Strafverfolger vom Oberlandesgericht Hamburg sprachen zuvor von „Anlage- oder Erziehungsmängeln“ und „tiefsitzender Gewaltbereitschaft“ und ließen den 18-jährigen monatelang in U-Haft schmoren. Jetzt, Ende Januar 2018, wurde endlich auch der Haftbefehl gegen Fabio vom Amtsgericht Hamburg Altona [aufgehoben](#) – samt der strengen Auflagen, denen der Aktivist seit seiner Freilassung aus der U-Haft ausgesetzt war. Der Prozess geht aktuell zwar weiter (der kommende ist auf Dienstag, 13.2.18 angesetzt), kaum jemand rechnet allerdings nach aktuellen Entwicklungen des Prozesses mit der einstmals angedrohten „empfindlichen Haftstrafe“.

Eine Geschichte der Solidarität und des Widerstands, die aber nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass linke Strukturen im vergangenen Jahr einer exzessiven Überwachungs- und Repressionsorgie ausgesetzt waren. Zu beobachten ist eine breitangelegte Offensive der inneren Sicherheitsbehörden gegen Linke und marginalisierte Gruppen, die durch den Ruf nach autoritären Law & Order-Politiken von Rechts befeuert wird. Die Gewalt durch Polizei und Justiz – durch Abschiebungen, die Überwachung von linken Strukturen und das Verunmöglichen von Gegenmaßnahmen gegen diese Repression – wird auch weiterhin in unsere politischen und privaten Lebensbereiche eindringen. Höchste Zeit, sich dagegen solidarisch zur Wehr zu setzen.

Kriminalisierung um jeden Preis

Zurück nach Hamburg, früher Morgen des 7. Juli 2017. Die Szenen, die aus einem Einsatzwagen der Polizei gefilmt wurden, sind erbarmungslos: Mit brachialer Härte und mindestens drei Wasserwerfern gehen die polizeilichen Einsatzkommandos gegen ein kleines Grüppchen Aktivist_innen vor, das gemeinsam mit einem Transparent um eine Ecke der Straße Rondenbarg kommt. Dutzende werden zu

Boden geknuppelt. Während die Kamera umherschwenkt, sieht man Menschen am Boden liegen, die Polizeikräfte in Kampfmontur stehen ungestört daneben. Ein „Oh Scheiße!“ entfährt schließlich dem zuvor eher abgeklärt klingenden Kameramann: Am Ort des Angriffs der Polizeitruppen werden einige der Aktivist_innen in Panik eine Absperrung hinuntergedrängt, eine Person bleibt mit offenem Bruch am Bein liegen. Später werden die Einsatzleiter jede einzelne Handlung ihrer Polizeikommandos rechtfertigen, allen voran der Hamburger SPD-Oberbürgermeister Olaf „Polizeigewalt hat es nicht gegeben“ Scholz und der G20-Einsatzleiter Hartmut Dudde, der in der Vergangenheit immer wieder mit Brüchen des bürgerlichen Rechts Gewalt gegen linke Demonstrierende forcierte.

Die Hardliner mit ihrem „Statthalterverfahren“ – dem Konstrukt einer Kollektivschuld als Gruppe – läuten in den folgenden Monaten einen Paradigmenwechsel ein. Möglich ist dies durch eine Interpretation der rechtlichen Ausgangslage – statt von der Unschuldsvermutung wird von einer „Mitläuferschuld“ ausgegangen. Bei Fußballspielen an Hooligans „ausgetestet“, wird diese Strategie nun dazu genutzt, alle Personen einer Gruppe (etwa eines Demonstrationszugs) pauschal zu kriminalisieren. Neben den Betroffenen des Rondenbarg-Angriffs wurden auch die über 70.000 Teilnehmenden der „G20 Not Welcome!“-Demonstration am 8. Juli zu einer „gewalttätigen Versammlung“ erklärt. Jeglicher Protest gegen das G20-Treffen wurde damit stigmatisiert und delegitimiert. Bei den bisherigen G20- Prozessen wird diese Dämonisierung der Angeklagten auf die Spitze getrieben. Die ersten [Schauprozesse mit hohen Haftstrafen](#) wurden schon über die Bühne gebracht, um anderen Angeklagten zu zeigen, was sie zu erwarten haben. Beflügelt wird die Strategie durch eine durchgängige mediale und politisch gestützte Kriminalisierung von allen beteiligten Protestierenden.

Der Kriminalisierungsversuch wird zudem mit massiver Öffentlichkeitsfahndung fortgesetzt: Die Sonderkommission „Schwarzer Block“ der Polizei veröffentlichte im Herbst über hundert Fotos von Personen, die sie als „Straftäter_innen“ brandmarkte. Öffentlichkeitsfahndung ist ein Angriff auf die Grundrechte der betroffenen Personen, insbesondere, wenn diese auch medial im Internet ungeheure Verbreitung findet und nicht mehr rückgängig zu machen ist. Ein Ausdruck davon ist die Übernahme der Fahndungsbilder durch die Bild-Zeitung, die damit gleichzeitig noch [sexistische und Nazi-relativierende](#) Propaganda betrieb. So berichtete sie über die G20-Fahndungsfotos und bezeichnet eine Frau als „Krawall-Barbie“: Selten habe „der Hass so ein schönes Antlitz wie bei manchen G20-Chaoten“, attestiert irgendein geifernder Reporter den öffentlich gemachten Aktivist_innen. Sie seien aber, so Bild weiter: „potenziell so abscheulich wie ein Neo-Nazi mit Glatze und Bomber-Jacke“.

Militarisierung und Normalisierung

Während der gesamten G20-Phase erprobte der Polizeiapparat das Konzept des

temporären Ausnahmezustands. Bereits im Vorfeld der konkreten Proteste wurden hierzu Vorbereitungen getroffen: Aufrüstung der Polizei, Demoverbote, Hetze gegen Demonstrierende, willkürliche Kontrollen und Platzverweise usw. Während der G20-Tage selbst setzten die Polizeikräfte diese Taktiken umfassend ein: Menschen wurden außergesetzlich über lange Zeit festgehalten, durften sich nicht frei bewegen und waren Angriffen einer militaristisch hochgerüsteten Spezialarmee im Innern ausgesetzt. Neben Sondereinsatzkommandos aus Deutschland wurden dabei auch Spezialeinheiten aus anderen europäischen Ländern, etwa [Elite-Riot-Cops](#) aus Österreich eingesetzt, um mit ihrem martialischen Auftreten, Scharfschützen, Sturmgewehren und allerlei High-Tech die Mär eines bürgerkriegsartigen Zustandes in der Hansestadt zu unterfüttern. Die Strategie ist zwar nicht neu, der G20-Einsatz könnte sich aber dennoch als Wendepunkt der [Militarisierung von Protest Policing](#) entwickeln. Seither findet nämlich eine zunehmende Normalisierung der erprobten militarisierten Polizeiarbeit aus dem Hamburger Versuchslaboratorium statt: Im sächsischen Wurzen beispielsweise wurde zwei Monate später bei einer Antifa-Demo erneut ein SEK-Kommando (teils mit [faschistischen Aufnehmern](#)) eingesetzt. Begründung war die Sicherheit der Bevölkerung.

Die zunehmende Militarisierung, die neuen Gesetzeslagen, die Panikmache der Bevölkerung und das konstante Abarbeiten am Feindbild der Linken dienen dazu, die G20-Gewalt der Polizei, aber auch andere Repressionsvorfälle gegenüber linken Strukturen und Personen zu rechtfertigen. Entlarvend ehrlich wird die aktuelle Strategie vom Vorsitzenden der Deutschen Gewerkschaft der Polizei (DGPÖ), Joachim Lenders erklärt. In einem [Interview](#), in dem er den reaktionären G20-Einsatzleiter Hartmut Dudde verteidigt, klingt das so: „Aus dem linken Spektrum wird Dudde vorgeworfen, dass Verwaltungsgerichte mehrere von ihm getroffene Entscheidungen als rechtswidrig oder unverhältnismäßig korrigierten. Selbst unterstellt, dass dies stimmen sollte, was soll es bedeuten? Soll es dazu führen, dass Polizeiführer keine Entscheidungen mehr treffen oder solange diskutiert wird, bis sich die Situation von selbst erledigt? Dudde ist auch ein Synonym für Menschen, die Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen. Zauderer, Beschwichtiger und Wegducker haben wir genug.“

Die reaktionären Law & Order-Fanboys in Deutschland können sich freuen, denn die AfD hat sich, wie es sich einer autoritär-rechten Partei geziemt, explizit die Aufrüstung und Stärkung der Polizeiapparate auf die Fahne geschrieben. Aber auch die Parteikolleg_innen von CSU, CDU, FDP, Grünen und SPD – bis hin zu einigen Personen in der Linkspartei – stehen eifertig bereit, um staatliche Gewalt in Richtung linker Strukturen und gegenüber Minderheiten zu rechtfertigen, während andernorts unbehelligt (organisierte) Rechte brandstiften, angreifen und morden können.

Und jetzt?

Die G20-Öffentlichkeitsfahndung wird inzwischen als Erfolg gefeiert: Dank eifriger Bildleser_innen und anderer besorgter Bürger_innen habe die Polizei zwischenzeitlich schon 20 mutmaßliche Personen für weitere repressive Bearbeitung ausmachen können. Das seien viel mehr als sonst üblich, brüstet sich die Polizei Hamburg. Allerdings hat sie dafür nur „[eigene Erfahrungswerte](#)“ als Referenz, keine Statistik oder sonstige Fakten. Das Bloßstellen und wilde Kriminalisieren von Menschen wird also mit einem Gefühl gerechtfertigt, dass es „echt voll was bringt“. Vor allem bringt es der Polizei aber eine Normalisierung von rechtlich zweifelhaften Fahndungsmethoden. Zweifel an den Methoden und auch an der Neutralität der Kolleg_innen oder möglicher Denunziant_innen gibt es nicht. Wir denken an [Themar](#), an zahllose andere Begebenheiten, an denen Polizist_innen ihre rechte Gesinnung und ihren Hass auf Linke deutlich zur Schau trugen oder gar [als organisierte Nazis](#) aufflogen. Ein Schelm, wer Böses denkt – und gefährlich, wer es nicht tut. Cathleen Martin, Vorsitzende der deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen, zeigt im MDR [die Richtung auf](#), in die es geht: „Klarer Appell an die Politik: Unterstützt die Polizei, verkürzt die Fristen (gemeint sind die rechtlichen Hürden für die öffentliche Fahndung, Anm. Red.) und vertraut uns einfach, dass wir tatsächlich nur den Täter an die Presse bringen und nicht einen Unverdächtigen!“ Dass wir gegen diese immer neuen Dimensionen der Repression mit aller Kraft vorgehen müssen, versteht sich von selbst.

Jetzt erst recht! Sie werden uns nicht klein kriegen. Die Solidarität mit den durch Repression besonders bedrohten Menschen ist unsere Antwort für 2018. In Berlin organisieren sich daher Antirep-Gruppen in dem Bündnis „Politisch aktiv 2018“. Aus 2017 zu lernen heißt, weiterhin gemeinsam und solidarisch gegen Einschüchterung und Kriminalisierung zu kämpfen: Gemeinsame Kämpfe mit von Abschiebung Bedrohten, mit den kurdischen Genoss_innen, die gegen den verlängerten Arm der Türkei in Deutschland kämpfen und weiterhin mit all denjenigen, die aktuell in den Knästen und den Gerichtssälen der Bundesrepublik ihre Zeit absitzen müssen. Oder um es in den Worten des G20-Einsatzleiters Hartmut Dudde zu sagen: „Wenn Berliner Autonome eine Party für Repressionskosten feiern, gibt es Solicocktails und Sektempfang“. Das scheint zumindest [in Berlin](#) Quintessenz von dem zu sein, was Dudde uns Linken zu sagen hat. Also lasst die Korken knallen! Wir feiern Fabio und alle Genoss_innen, die sich nicht kampfflos ergeben.

<https://de.indymedia.org/node/17724>